

Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Rückblick auf die achtziger Jahre	411
Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1989	420

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/90

Berlin

26. Juli 1990

57. Jahrgang

Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Rückblick auf die achtziger Jahre

Am Ende der achtziger Jahre war die Finanzlage des Staates weit günstiger als zu Beginn des Jahrzehnts. Während damals riesige Deckungslücken in den öffentlichen Haushalten klafften, schloß der Staatshaushalt 1989 mit einem Überschuß ab. Das Ergebnis 1989 wurde allerdings von „Sonderfaktoren“ — Steuererhöhung, Bundesbankgewinn, Gesundheitsreform — überlagert. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt hat sich von 1980 bis 1989 merklich verringert, von 48 ½ vH auf knapp 45 vH. Die Einnahmen dagegen sind nur geringfügig hinter der gesamtwirtschaftlichen Expansion zurückgeblieben. Nach der Rezession 1981/82 expandierte die westdeutsche Wirtschaft zunächst schwach, dann aber mit mehr Tempo.

Die Bundesregierung führte diese Entwicklung auf ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik zurück: Immer wieder hatte sie den Willen bekundet, den Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt und auch die Steuerquote zu verringern, um damit das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Zu fragen ist, ob eine empirische Analyse den Zusammenhang zwischen Rückgang der Staatsquote und wirtschaftlicher Dynamik bestätigt. Gefragt werden muß auch nach den „Verlierern“ der Politik, denn Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur wurden vernachlässigt, und die Verteilungsprobleme sind größer geworden.

Finanzpolitik im Konjunkturverlauf

Hinter dem Rückgang der Staatsausgaben — gemessen am Sozialprodukt — steckt auch ein konjunkturelles Moment: In der Rezession verlangsamt sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Bezugsgröße, in konjunkturell guten Zeiten beschleunigt er sich; die Staatsausgaben folgen dieser Entwicklung in der Regel verzögert, weil „eingebaute“ Stabilisatoren vor allem im sozialen Sicherungssystem wirksam werden. Der Beginn der 80er Jahre war durch eine tiefe Rezession geprägt, das Ende von einem Konjunkturaufschwung. 1981/82 nahmen die sozialen Leistungen des Staates überdurchschnittlich zu, ihr Anteil am Sozialprodukt erhöhte sich von annähernd 17 auf 18 vH. Im Aufschwungsjahr 1989

machten die sozialen Leistungen nur noch knapp 16 vH des Bruttosozialprodukts aus¹. Allerdings wirkten sich hierbei auch die massiven Einschnitte bei den Sozialausgaben in der ersten Hälfte der 80er Jahre aus.

Ebenso ist die gesamtwirtschaftliche Steuerquote teilweise Reflex der konjunkturellen Entwicklung. Als „automatischer Stabilisator“ wirkt die progressive Besteuerung der Einkommen: In Phasen guter Konjunktur und entsprechender Einkommenszuwächse kassiert der Staat überdurchschnittlich hohe Steuereinnahmen, in der Rezession sind die Zuwächse bescheiden. 1981/82 ist der Anteil

¹ Alle Daten dieses Berichts in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

der Steuern am Sozialprodukt gesunken, von 25,7 auf 24,7 vH; freilich schlugen sich darin auch Steuersenkungen nieder. In den Jahren danach hat sich die Quote erhöht, während sie als Folge der Steuerentlastungen 1986 und 1988 sank. Der Konjunkturaufschwung und höhere Verbrauchsteuersätze ließen die Quote 1989 dann wieder auf 24,8 vH steigen.

Zur Messung der primären Nachfrageimpulse, die von der Finanzpolitik auf den Konjunkturverlauf ausgehen, benutzt das DIW seit Jahren ein „Impulskonzept“². Als Impulse werden die Abweichungen der verschiedenen *inlandswirksamen* Einnahme- und Ausgabekategorien angesehen, die sich — fortgeschrieben mit dem nominalen Anstieg des Produktionspotentials — gegenüber dem jeweils realisierten Volumen der Vorperiode ergeben. Die Konjunkturadäquanz wird anhand der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials geschätzt; je nach Auslastungsgrad können schon von einem „neutralen“ Verhalten stabilisierende oder destabilisierende Effekte ausgehen. Nach diesem Konzept ist auch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren konjunkturpoli-

tisch relevant. Nimmt das Sozialprodukt z.B. schwächer zu als das Produktionspotential, so entstehen konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen, deren Hinnahme als expansiver Effekt gewertet wird. Für die Beurteilung der Impulse ist also allein die tatsächliche Entzugswirkung der Steuern entscheidend. Die Gewinnabführungen der Bundesbank an den Bundeshaushalt bleiben unberücksichtigt, da sie stark von Bewertungseinflüssen abhängen.

Die 80er Jahre waren fast durchgängig von dem Bestreben gekennzeichnet, die staatlichen Defizite zu begrenzen. Dies gilt selbst für die Rezession 1981/82; die

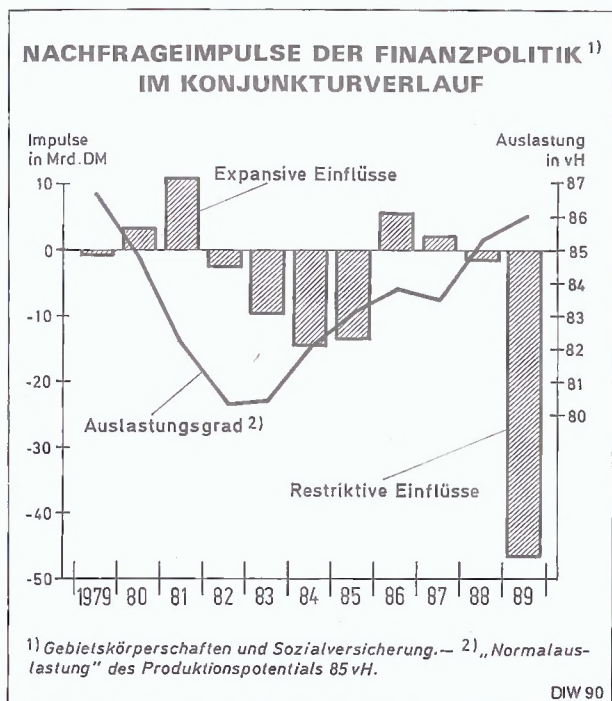
² Nicht berücksichtigt werden die multiplikativen Verknüpfungen und Verzögerungen. Eine solche Berechnung hat das DIW früher durchgeführt. Sie zeigt, daß die Primärimpulse ein recht guter Gradmesser für die konjunkturelle Beurteilung sind. Vgl. Konjunkturelle Effekte der Finanzpolitik 1974 bis 1981. Ergebnisse ökonomischer Simulationsrechnungen. Bearb.: Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1982.

Tabelle 1

**Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁾
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	in Mrd. DM									
Einnahmen	679,4	709,5	743,5	774,1	815,3	854,5	887,0	912,0	945,6	1 020,2
Direkte Steuern	187,8	188,1	193,2	200,4	213,0	229,6	237,0	246,0	255,5	281,9
Indirekte Steuern	193,4	198,3	201,9	214,5	226,2	230,3	236,3	245,6	256,9	278,4
Sozialbeiträge	248,6	268,8	284,5	290,4	304,6	320,1	337,4	350,5	366,3	383,1
Sonstige	49,6	54,2	64,0	68,9	71,4	74,5	76,2	69,9	66,8	76,8
Ausgaben	722,4	766,2	796,0	816,4	849,0	875,5	912,3	949,1	990,8	1 015,3
Staatsverbrauch	297,8	318,2	326,2	336,2	350,2	365,7	382,7	397,0	411,5	418,3
Übertragungen	342,4	362,5	380,5	388,4	404,3	411,9	425,5	446,5	469,9	483,6
Bruttoinvestitionen	53,6	50,0	45,3	41,8	41,7	42,6	46,9	47,9	49,6	53,2
Sonstige	28,5	35,5	44,0	50,1	52,7	55,3	57,2	57,8	59,8	60,2
Finanzierungssaldo	-43,0	-56,6	-52,5	-42,3	-33,7	-20,9	-25,3	-37,1	-45,2	4,9
	in vH des Bruttonsozialprodukts									
Einnahmen	45,7	45,9	46,6	46,1	46,1	46,3	45,6	45,2	44,6	45,1
Direkte Steuern	12,6	12,2	12,1	11,9	12,0	12,5	12,2	12,2	12,0	12,5
Indirekte Steuern	13,0	12,8	12,6	12,8	12,8	12,5	12,1	12,2	12,1	12,3
Sozialbeiträge	16,7	17,4	17,8	17,3	17,2	17,4	17,3	17,4	17,3	16,9
Sonstige	3,3	3,5	4,0	4,1	4,0	4,0	3,9	3,5	3,1	3,4
Ausgaben	48,6	49,6	49,8	48,6	48,0	47,5	46,9	47,0	46,7	44,9
Staatsverbrauch	20,1	20,6	20,4	20,0	19,8	19,8	19,7	19,7	19,4	18,5
Übertragungen	23,1	23,5	23,8	23,1	22,8	22,3	21,9	22,1	22,1	21,4
Bruttoinvestitionen	3,6	3,2	2,8	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4	2,3	2,4
Sonstige	1,9	2,3	2,8	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9	2,8	2,7
Finanzierungssaldo	-2,9	-3,7	-3,3	-2,5	-1,9	-1,1	-1,3	-1,8	-2,1	0,2

¹⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.



Bereitschaft, mit finanzpolitischen Maßnahmen der Tal­ fahrt entgegenzutreten, war damals gering. Expansiv wirkten die schon 1979 beschlossenen Steuersenkungen, ebenso die „automatischen Stabilisatoren“ und eine befristete Investitionszulage. Dem standen diverse „Haus­ haltsoperationen“ mit dem Ziel gegenüber, den Ausga­ benanstieg einzudämmen. Insbesondere Sozialaus­ gaben und öffentliche Investitionsvorhaben fielen dem Rotstift zum Opfer. Während der Staatshaushalt 1980/81 noch expansiv wirkte, wurde der Wirtschaft bereits 1982 — wenn auch in geringem Maße — Nachfrage entzogen.

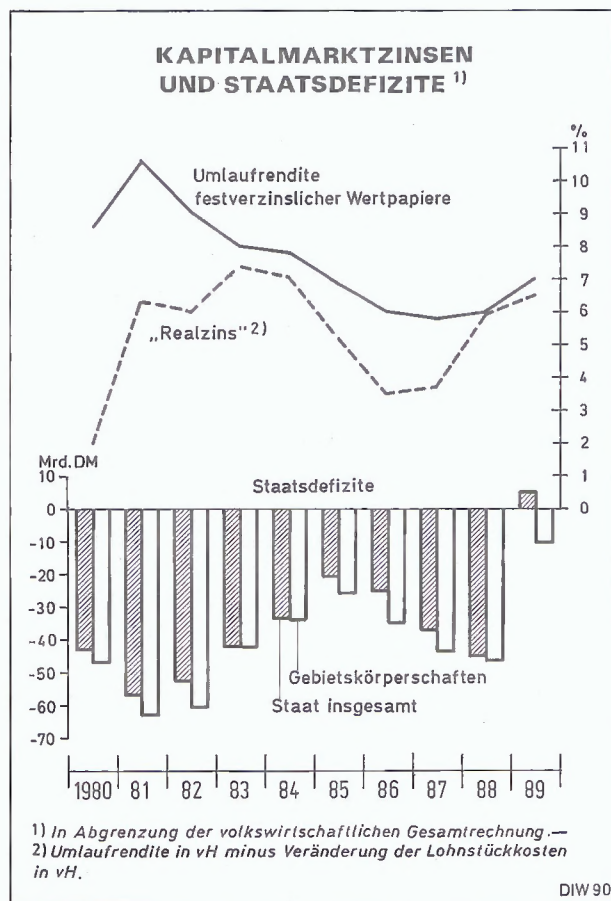
In der Folgezeit verstärkten sich die restriktiven Ein­ flüsse der Finanzpolitik. Von 1983 bis 1985 betru­ gen die negativen Impulse jährlich 10 bis 15 Mrd. DM — immerhin ein halbes bis knapp ein Prozent des Bruttoinlandspro­ dukts. Dies war mit ein Grund dafür, daß die konjunk­ turelle Aufwärtsentwicklung nach 1982 lange Zeit nur wenig Dynamik entfaltete. Mehr Dynamik wäre aber erforderlich gewesen, um den Anstieg der Beschäftigung zu be­ schleunigen. Die Investoren hielten sich weiterhin zurück, obwohl infolge der niedrigen Lohnabschlüsse das inländi­ sche Kostenniveau stabilisiert worden war und eine Um­ verteilung zugunsten der Gewinne einsetzte. In dieser Phase nutzten weder die Geld- noch die Finanzpolitik ihre Möglichkeiten, zu einem höheren Beschäftigungsgrad beizutragen. Angesichts der mäßigen Binnennachfrage verstärkten die Unternehmen ihre Auslandsaktivitäten. Wie schon häufig waren die Exporte die Triebfeder des Wachstums, ohne allerdings nachhaltig die Investitionstätigkeit beleben zu können.

Die Finanzpolitik beharrte vielmehr darauf, die Staats­ defizite zurückzuführen. Auch die Bundesbank befürch­

tete zinstreibende Wirkungen dieser Defizite und forderte ihren Abbau als Voraussetzung für sinkende Kapital­ marktzinsen. Tatsächlich sind die Defizite merklich verrin­ gert worden, von 57 Mrd. DM im Jahre 1981 auf 21 Mrd. DM im Jahre 1985 (einen hohen Anteil hieran hatten die Ge­ winnabführungen der Bundesbank). Auch der langfristige Zinssatz war gesunken, von 10,6 vH auf 6,0 vH. Ge­ messen an der Stärke des Beschäftigungseinbruchs wie auch der raschen Kostenstabilisierung setzte der Zins­ rückgang aber nur sehr zögernd ein. Der Realzins — Um­ laufrendite festverzinslicher Wertpapiere abzüglich An­ stieg der Lohnstückkosten³⁾ — war zunächst sogar noch kräftig gestiegen und erst 1985/86 wieder gesunken. Die These, daß der Staat durch die verstärkte Nachfrage nach Kapital die Zinsen in die Höhe treibt und produktive Nach­ frage verdrängt — und umgekehrt —, wird durch die Ent­ wicklung nicht gestützt. Für die Zinsen ist die Geldpolitik mitverantwortlich, und bei unterausgelasteten Kapazi­ täten ist kein Preisauftrieb zu erwarten.

1986 vollzog die Finanzpolitik einen Kurswechsel. Erst­ mals seit 1981 gingen wieder — wenn auch bescheidene

³⁾ Zur Preisbereinigung werden die Lohnstückkosten ver­ wendet, um die schwer zurechenbaren Effekte der Importpreis­ schwankungen auf die Preisindizes auszuschalten.



— expansive Impulse auf die Wirtschaft aus. Sie wurden von der Steuerentlastung ausgelöst und sind kaum durch Restriktionen auf der Ausgabenseite geschmälert worden. Diese Linie fand ihre Fortsetzung 1987 und 1988, per Saldo kann die Finanzpolitik als „potentialorientiert“ eingestuft werden. 1988 wurden wiederum — konjunkturell zum richtigen Zeitpunkt — die Steuern gesenkt. Das Konjunkturklima hatte sich infolge der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte („Börsenkrach“) spürbar verschlechtert. Die Finanzpolitik reagierte auf die reformbedingten Steuerausfälle und die Lücke, die durch das vorübergehende Versiegen der Bundesbankabführung entstanden war, nicht mit einer Drosselung des Ausgabenanstiegs. Das Impulskonzept unterzeichnet in dieser Phase die expansiven Effekte, weil 1988 die eingebauten Stabilisatoren des Einnahmesystems ihre Wirkung entfalteten: Die wirtschaftliche Entwicklung wurde von der Finanzpolitik unterstützt, als Folge davon konnte der Staat höhere Steuern und Sozialbeiträge verbuchen; dies wird im Meßkonzept aber als kontraktiv eingestuft.

Die Wirkung der Finanzpolitik auf das Ingangsetzen dieses Aufschwungs darf aber auch nicht überschätzt werden, denn auch die Geldpolitik wirkte expansiv, und die Bundesrepublik partizipierte zudem an einem weltweiten Aufschwung. Im Lichte dieser Erfahrungen spricht vieles für die vom DIW seit langem vertretene These, daß die Geldpolitik zunächst — in der ersten Hälfte der achtziger Jahre — das Tempo des *möglichen* Wirtschaftswachstums systematisch unterschätzt und dadurch selbst als Wachstumsbremse gewirkt hat. Dagegen zeigen die letzten Jahre, daß bei expansiver Geldpolitik — und hoher Auslandsnachfrage — ein viel höheres Wirtschaftswachstum bei gleichzeitig stabilen Preisen erreicht werden kann, als von einer breiten Schar von Skeptikern für möglich gehalten worden war.

Der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik entwickelte eine unvermutete Dynamik. Die massive Restriktion, die 1989 von den öffentlichen Haushalten ausging — nach dem Impulskonzept errechnen sich kontraktive Einflüsse von 45 Mrd. DM, also immerhin 2 vH des Bruttoinlandprodukts —, hat die Wirtschaft offensichtlich ohne Reibungen verkraftet. Diese Einflüsse wurden durch zwei Faktoren überkompensiert, einmal durch die starken Impulse der Auslandsnachfrage, zum anderen durch die rege Investitionstätigkeit der Unternehmen, die in der zweiten Jahreshälfte 1987 eingesetzt hatte. Dämpfend wirkten vor allem die Erhöhung verschiedener Verbrauchsteuern und die Gesundheitsreform, die rückläufige Sachkäufe der Krankenkassen nach sich zog. Auch von den übrigen Verbrauchsausgaben gingen restriktive Einflüsse aus.

Entwicklung der Staatseinnahmen

Die Einnahmen des Staates haben in der ersten Hälfte der 80er Jahre etwas schneller und in der zweiten Hälfte

etwas langsamer als das Sozialprodukt zugenommen. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote war 1989 mit knapp 25 vH geringfügig niedriger als 1980. Gliedert man das Steueraufkommen nach Steuergruppen, so wird deutlich, daß die Lohnsteuer als aufkommenstärkste Steuer in den 80er Jahren weiterhin an Gewicht gewonnen hat, die Steuern aus den Gewinn- und Vermögenseinkommen, obwohl die Bemessungsgrundlagen nach 1982 kräftig gestiegen sind, hingegen an Bedeutung verloren haben. Die Steuerpflichtigen verfügen über einen erheblichen Gestaltungspielraum bei der Festlegung ihrer Bemessungsgrundlagen (Verlustausgleich, Abschreibungsmodalitäten, Steuerhinterziehung u.ä.). Eine Rolle spielt auch, daß die Körperschaftsteuer eine Proportionalsteuer ist.

Das Gewicht der Steuern vom Umsatz hat sich wenig verändert, die Entwicklung ist eng an das Bruttosozialprodukt gekoppelt. Von Bedeutung ist der Anteil der steuerfreien Exportüberschüsse und der Investitionen am Sozialprodukt. Dagegen verloren die speziellen Verbrauchsteuern weiter an Bedeutung, weil sich ihr Aufkommen an Mengen orientiert.

Tabelle 2
Entwicklung der Steuern nach Gruppen
in vH der gesamten Steuern

	Lohnsteuer	„Gewinn-1) steuern“	Steuern vom Umsatz	Sonst. Aufwand- u. Verbrauchsteuern
1980	30,6	26,0	25,6	17,8
1981	31,5	23,9	26,4	18,2
1982	32,6	25,6	25,8	16,0
1983	32,5	23,3	26,7	17,5
1984	32,9	22,0	26,6	18,5
1985	33,8	22,5	25,1	18,6
1986	33,7	23,1	24,6	18,7
1987	35,0	22,7	25,4	17,0
1988	34,3	24,4	25,3	16,0
1989	33,9	23,6	24,5	17,9

1) Veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, Gewerbesteuer.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen und Berechnungen des DIW.

Eine konstante oder sogar rückläufige Steuerquote sagt nichts darüber aus, wie sich die „Rückgabe“ verteilt. Die Steuerpolitik hat in den 80er Jahren in einem Konflikt zwischen Wachstumsförderung und sozialer Ausgewogenheit gestanden. Selbst wenn — wie 1986 — der Hauptteil der Steuerentlastung auf Familien mit Kindern entfiel, wurden tendenziell höhere Einkommensschichten stärker

begünstigt⁴. Dieser Effekt wurde etwas gemildert, als im Vorgriff auf die für 1990 geplanten Entlastungen der Grundfreibetrag angehoben und die Progression abgeflacht wurden. Verteilungspolitisch fragwürdig waren die Einkommensteuersenkungen, weil oftmals gleichzeitig — so 1981/82, 1983 und 1989 — die Verbrauchsteuern erhöht wurden und Personen mit niedrigem Einkommen einschließlich der Transfereinkommensbezieher, diese Entlastungen „mitfinanzierten“, obwohl sie keinen oder nur einen geringen Anteil an den Einkommensteuersenkungen hatten.

In der Aufteilung nach Haushaltsebenen zeigt sich, daß der Bund in den 80er Jahren die höchsten Einnahmewachse verzeichnen konnte. Dies ist vor allem auf die hohen Gewinnabführungen der Bundesbank zurückzuführen; von 1980 bis 1989 überwies die Zentralbank fast 80 Mrd. DM an den Bundeshaushalt und die Bundespost immerhin 45 Mrd. DM. Betrachtet man nur die Steuereinnahmen, so zeigten sich bei den Länderhaushalten die höchsten Zuwächse. Die kommunalen Einnahmen sind am schwächsten gestiegen.

Der Anteil der Sozialbeiträge am Sozialprodukt lag im Jahre 1989 mit 17 vH fast ebenso hoch wie 1980, obwohl die Beitragssätze zur Sozialversicherung in diesem Zeitraum angehoben worden sind. Von 1980 bis 1984 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 800 000 Personen gesunken (−4 vH), von da an um über 1,4 Mill. Personen (7 vH) gestiegen. Nach Versicherungsträgern zeigt sich folgende Entwicklung bei den Beitragssätzen (doppelter Arbeitnehmeranteil in vH des Bruttolohns):

	Rentenversicherung	Krankenversicherung	Arbeitslosenversicherung
1980	18,0	11,4	3,0
1984	18,5	11,4	4,6
1986	19,2	12,2	4,0
1989	18,7	12,9	4,3

Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung aus den Beiträgen haben sich von 1980 bis 1989 fast verdoppelt, die Beiträge zur Rentenversicherung sind um 46 vH und zur Kranken- und Unfallversicherung um 57 vH gestiegen. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit haben im gleichen Zeitraum um 40 vH expandiert.

Ausgaben des Staates

Zum Rückgang der Staatsausgaben am Sozialprodukt in den achtziger Jahren trugen alle Komponenten bei. Der Anteil der Transfers an Unternehmen, private Haushalte und das Ausland — mit diesen Zahlungen bewirkt der Staat eine Umverteilung der Erwerbseinkommen, das So-

zialprodukt wird nicht unmittelbar „beansprucht“ — reduzierte sich in den Jahren 1980 bis 1989 von 23,1 auf 21,4 vH. Die Ausgaben für Personal und laufende Sachaufwendungen sanken von 22,2 auf 20,8 vH und die Investitionsausgaben von 3,6 auf 2,4 vH des Sozialprodukts. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften sind von 35,6 vH auf 32,4 vH zurückgegangen, die der Sozialversicherung von 15,9 vH auf 15,5 vH⁵.

Im Durchschnitt der achtziger Jahre haben die Personalausgaben um 3,5 vH jährlich zugenommen. Die Tarifierhöhungen schlugen mit knapp 3 vH pro Jahr zu Buche und lagen um einen Prozentpunkt unter denen in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst stieg jährlich nur noch um einen halben Prozentpunkt (Teilzeit- auf Vollzeitstellen umgerechnet). Die Zahl der Vollzeitstellen bei Bund, Ländern und Gemeinden war 1989 nur wenig höher als 1980, im personalintensiven Bereich der Schulen ist sie per Saldo um 50 000 zurückgegangen. Hingegen waren etwa 200 000 Teilzeitkräfte mehr als 1980 beschäftigt.

Die Käufe von Gütern und Diensten sind von den Gebietskörperschaften nur um 2,5 vH im Jahresdurchschnitt erhöht worden. Dieser schwache Zuwachs ist das Ergebnis der staatlichen Investitionspolitik in den 80er Jahren, am Ende des Jahrzehnts war das nominale Investitionsvolumen kleiner als am Anfang; in realer Rechnung sind die Diskrepanzen noch viel größer. Im gesamten Zeitraum ist der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben von 10 vH auf 7 vH gesunken. Der rasche Defizitabbau bis Mitte der 80er Jahre wurde mit einer Kürzung der Investitionsausgaben „erkauft“. Die negativen Einflüsse, die damals vom Staat auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgegangen waren, sind also zu einem Großteil von den Investitionsausgaben abgelöst worden. Mit voller Wucht getroffen wurde der Bausektor, der in dieser Phase beträchtliche Beschäftigungsverluste verzeichnete.

Mit Bedarfsargumenten kann diese Entwicklung nicht begründet werden, zumal fast überall der Ersatzbedarf deutlich zugenommen hat⁶. Bei der Beurteilung muß auch berücksichtigt werden, daß die öffentliche Investitionstätigkeit eng an die kommunale Finanzausstattung gekoppelt ist und die Gemeinden in einer rezessiven Phase Einnahmeausfälle nur sehr eingeschränkt über

⁴ Zu den Verteilungswirkungen vgl. Lockerung der finanzpolitischen Restriktion durch Steuerentlastungen. Bearb.: Dieter Teichmann und Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/1985; sowie Finanzierungsalternativen und mögliche Auswirkungen der Steuerreform 1990 auf Gesamtwirtschaft und öffentliche Haushalte. Bearb.: Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/1987.

⁵ Dabei wurden die Übertragungen der Gebietskörperschaften abgesetzt.

⁶ Vgl. auch Finanzpolitische Probleme am Ende der 80er Jahre. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW Nr. 25/1989.

Tabelle 3

Ausgaben und Einnahmen der Gebietskörperschaften nach Haushaltsebenen und Ausgabearten

	1980	1982	1985	1987	1988	1989	1980	1989	1980/85	1985/89	1980/89
	Mrd. DM						Anteile in vH		Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in vH		
Personalausgaben	153,4	167,6	182,5	198,5	203,6	209,0	29,1	28,5	3,5	3,4	3,5
Bund	27,9	29,9	32,8	35,2	36,1	37,2	11,5	11,1	3,3	3,2	3,3
Länder	83,9	92,0	99,7	107,5	110,2	112,8	38,8	38,2	3,5	3,2	3,3
Gemeinden	41,7	45,7	50,1	55,7	57,3	59,0	28,5	30,0	3,7	4,2	3,9
Laufender Sachaufwand	84,5	95,3	108,4	116,2	118,5	124,0	16,0	16,9	5,1	3,4	4,4
Bund	30,3	34,8	38,3	39,7	39,4	40,4	12,5	12,0	4,8	1,3	3,2
Länder	18,7	20,4	23,8	26,5	27,7	29,4	8,6	9,9	5,0	5,4	5,2
Gemeinden	35,5	40,1	46,3	50,0	51,5	54,3	24,3	27,6	5,5	4,0	4,8
Bruttoinvestitionen	52,8	44,1	41,3	46,9	48,4	52,1	10,0	7,1	-4,8	6,0	-0,1
Bund	7,4	5,7	6,1	6,6	6,5	6,9	3,0	2,1	-3,6	3,1	-0,7
Länder	9,3	8,7	9,0	10,1	10,4	10,9	4,3	3,7	-0,7	4,9	1,7
Gemeinden	36,1	29,7	26,2	30,2	31,5	34,3	24,7	17,5	-6,2	7,0	-0,6
Zinsausgaben	28,5	44,0	55,3	57,8	59,8	60,2	5,4	8,2	14,1	2,2	8,6
Bund	14,0	22,5	29,6	31,3	32,8	32,5	5,8	9,7	16,1	2,4	9,8
Länder	8,6	13,6	18,5	19,7	20,3	21,0	4,0	7,1	16,7	3,2	10,5
Gemeinden	6,0	8,0	7,2	6,8	6,7	6,7	4,1	3,4	3,7	-1,6	1,3
Soziale Leistungen	71,6	79,7	81,7	91,1	92,8	98,3	13,6	13,4	2,7	4,7	3,6
Bund	36,8	40,9	41,7	45,1	44,5	46,8	15,1	13,9	2,5	2,9	2,7
Länder	25,3	27,9	26,9	30,3	31,3	33,0	11,7	11,2	1,2	5,2	3,0
Gemeinden	9,5	10,9	13,2	15,7	17,0	18,6	6,5	9,4	6,7	9,0	7,7
Subventionen	29,6	29,0	37,3	43,6	46,7	44,9	5,6	6,1	4,8	4,8	4,8
Bund	21,1	20,7	25,4	31,2	34,2	31,8	8,7	9,5	3,7	5,8	4,6
Länder	7,1	6,8	10,2	10,6	10,6	11,1	3,3	3,8	7,8	2,0	5,2
Gemeinden	1,4	1,5	1,7	1,9	1,9	2,1	1,0	1,0	4,2	4,6	4,4
Transfers an Sozialversicherung	37,3	46,0	42,0	44,2	47,6	51,3	7,1	7,0	2,4	5,1	3,6
Bund	36,8	45,4	41,5	43,6	47,0	50,7	15,1	15,1	2,5	5,1	3,6
Länder	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	-12,2	9,1	-3,3
Gemeinden	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,2	0,2	7,1	4,9	6,1
Zahlungen an Gebietskörperschaften ¹⁾	77,7	78,6	81,3	87,2	89,1	95,9	14,7	13,1	0,9	4,2	2,4
Bund	31,0	31,4	31,6	33,1	34,1	38,3	12,7	11,4	0,4	5,0	2,4
Länder	43,5	43,2	45,5	49,5	50,2	52,5	20,1	17,8	0,9	3,7	2,1
Gemeinden	3,2	4,0	4,3	4,5	4,8	5,2	2,2	2,6	6,2	4,5	5,4
Sonstige Ausgaben	69,8	73,0	81,4	84,7	90,1	92,1	13,2	12,6	3,1	3,1	3,1
Bund	37,8	40,5	45,4	46,8	51,5	51,4	15,5	15,3	3,8	3,1	3,5
Länder	19,7	19,7	22,4	22,8	23,4	24,6	9,1	8,3	2,5	2,4	2,5
Gemeinden	12,3	12,8	13,7	15,1	15,2	16,1	8,4	8,2	2,1	4,2	3,0
Ausgaben insgesamt ²⁾	527,9	579,1	630,4	683,4	708,2	732,6	100,0	100,0	3,6	3,8	3,7
Bund	242,9	271,7	292,3	312,6	326,0	335,8	100,0	100,0	3,8	3,5	3,7
Länder	216,2	232,4	256,0	277,1	284,3	295,4	100,0	100,0	3,4	3,6	3,5
Gemeinden	146,0	153,0	163,0	180,2	186,4	196,7	100,0	100,0	2,2	4,8	3,4
Einnahmen insgesamt ²⁾	481,0	518,8	604,4	639,7	661,6	722,0			4,7	4,5	4,6
Bund	217,9	238,2	274,9	284,6	290,8	325,3			4,8	4,3	4,6
Länder	198,6	210,9	242,9	260,5	270,1	292,6			4,1	4,8	4,4
Gemeinden	141,7	147,7	167,4	181,1	189,1	199,3			3,4	4,4	3,9
Finanzierungssaldo	-46,9	-60,3	-26,0	-43,8	-46,6	-10,6					
Bund	-25,0	-33,5	-17,4	-28,1	-35,1	-10,5					
Länder	-17,6	-21,5	-13,1	-16,6	-14,2	-2,8					
Gemeinden	-4,3	-5,3	4,5	0,9	2,7	2,6					

¹⁾ Laufende Transfers und Vermögensübertragungen. — ²⁾ Ohne Zahlungen an/von Gebietskörperschaften.

Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

Tabelle 4

Entwicklung des Personalstandes¹⁾ der Gebietskörperschaften

	1980	1982	1985	1988	1980/88
	Vollzeitbeschäftigte in 1000				Jahresdurchschn. Zuwachs in vH
Bund	313	314	310	308	-0,2
Länder	1 510	1 531	1 511	1 478	-0,3
Gemeinden	852	865	885	921	1,0
Zusammen	2 674	2 710	2 706	2 708	0,2
Allgemeine Verwaltung					
Öffentliche Sicherheit	479	480	480	491	0,3
Schulen	291	299	299	302	0,5
Hochschulen	575	583	544	503	-1,7
Gesundheit	210	217	224	229	1,1
Soziales	333	335	345	353	0,7
Sonstiges	124	126	130	135	1,0
Teilzeitbeschäftigte in 1000					
Bund	663	670	685	696	0,6
Bund	14	15	18	20	5,1
Länder	252	280	339	373	5,0
Gemeinden	231	248	263	279	2,4
Zusammen	497	544	620	672	3,8

¹⁾ Ohne Soldaten, einschließlich Beschäftigte in Krankenhäusern mit kaufmännischem Rechnungswesen, ohne Beschäftigte in rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

vermehrte Kredite zur Finanzierung von Investitionsvorhaben ausgleichen können. Die Gemeinden müssen in einer solchen Phase meistens nicht nur weniger Steuereinnahmen, sondern auch verminderte Zuschüsse der Länder im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs hinnehmen: Von 1980 bis 1984 sind die Vermögensübertragungen der Länder an die Gemeinden nahezu um ein Fünftel gesunken.

Tabelle 5

Bruttoinvestitionen des Staates nach Aufgabenbereichen

	1980	1982	1985	1987	1989 ¹⁾
	Mrd. DM				
Staatliche Verwaltung	2,3	2,5	2,3	2,7	3,2
Sicherheit und Ordnung	2,2	1,9	2,0	2,5	2,9
Schulen	6,9	5,4	3,5	3,8	4,2
Hochschulen	1,6	1,5	1,7	2,0	1,9
Gesundheitswesen	4,0	4,7	4,5	4,4	5,0
Soziale Sicherung	1,3	1,6	1,6	1,3	1,5
Gemeinschaftsdienste,					
Umwelt	9,6	7,6	7,6	9,0	10,4
Erholung und Kultur	3,7	3,2	2,7	3,4	3,9
Verkehr und					
Nachrichten	17,4	13,9	13,6	14,7	15,7
Sonstiges	4,5	3,1	3,2	4,1	4,8
Insgesamt	53,6	45,3	42,6	47,9	53,2

¹⁾ Schätzung des DIW.

Das Gewicht der sozialen Leistungen der Gebietskörperschaften — vor allem Sozialhilfe, Kriegsfolgeleistungen, Kindergeld und Arbeitslosenhilfe — hat sich in den 80er Jahren kaum verändert. Von 1981 bis 1984 hat ihre Entwicklung nahezu stagniert, weil eine Reihe von Sozialausgaben beschnitten wurden. Überdurchschnittlich gestiegen sind die sozialen Leistungen der Gemeinden, fast ausschließlich Ausgaben für Sozialhilfe. Zwar dominieren hier immer noch die Hilfen in besonderen Lebenslagen (z.B. Pflegehilfen), doch haben die Hilfen zum Lebensunterhalt merklich an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Empfänger dieser Leistungen hat sich mehr als verdoppelt, weil die Sozialhilfe immer mehr von Arbeitslosen in Anspruch genommen werden mußte. Gebremst wurde der Anstieg der sozialen Leistungen durch die Kindergeldzahlungen und durch die Kriegsfolgeleistungen; in beiden Fällen sank die Zahl der Anspruchsberechtigten. Kräftig expandiert haben in den letzten Jahren das Erziehungsgeld und die Leistungen im Zusammenhang mit der Anrechnung der Kindererziehungszeiten.

Knapp die Hälfte der Sozialversicherungsausgaben sind Rentenzahlungen. Die Zahl der Rentenfälle stieg durchschnittlich um fast 2 vH pro Jahr, und die Renteneinkommen entwickelten sich schwächer als die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Im Durchschnitt erhöhten sich die Ausgaben der Rentenversicherungsträger um 4,2 vH pro Jahr. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung sind infolge der Rezession 1981/82 in die Höhe

Tabelle 6

Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherung

	1980	1982	1985	1987	1988	1989	1980	1989	1980/85	1985/89	1980/89
	Mrd. DM						Anteile in vH		Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in vH		
Personalausgaben	9,2	10,5	11,6	12,9	13,3	13,6	3,4	3,4	4,6	4,2	4,4
Laufende Käufe von Gütern	82,3	89,9	105,5	116,0	125,3	122,6	30,1	30,5	5,1	3,8	4,5
Soziale Leistungen an private Haushalte	175,2	204,4	216,2	233,2	246,5	255,7	64,2	63,6	4,3	4,3	4,3
Rentenversicherung	141,5	158,8	174,5	186,4	195,4	205,5	51,8	51,1	4,3	4,2	4,2
Krankenversicherung	9,9	9,5	10,4	11,2	11,4	10,9	3,6	2,7	1,0	1,1	1,1
Unfallversicherung	6,8	7,5	7,7	7,9	8,0	8,1	2,5	2,0	2,4	1,4	1,9
Arbeitslosenversicherung	16,2	27,7	22,7	26,6	30,5	29,9	5,9	7,4	6,9	7,2	7,0
Öffentl. Pensionen und Beihilfen	0,8	1,0	1,0	1,2	1,2	1,3	0,3	0,3	4,1	6,7	5,3
Sonstige Übertragungen	5,1	4,9	7,8	8,5	9,0	8,7	1,9	2,2	9,1	2,6	6,2
Bruttoinvestitionen	0,8	1,2	1,4	1,0	1,2	1,1	0,3	0,3	10,5	-4,6	3,5
Sonstige Ausgaben	0,3	0,3	0,5	0,5	0,6	0,6	0,1	0,1	8,7	4,7	6,9
Ausgaben insgesamt	272,9	311,2	343,0	372,1	395,9	402,3	100,0	100,0	4,7	4,1	4,4
Einnahmen insgesamt	276,9	319,0	348,1	378,7	397,3	417,8			4,7	4,7	4,7
dar. Zuschüsse vom Bund	36,8	41,7	41,5	43,6	47,0	50,7			2,4	5,1	3,6
Finanzierungssaldo	4,0	7,8	5,1	6,7	1,4	15,5					

Quellen: Statistisches Bundesamt und Berechnungen des DIW.

geschossen. Danach sind sie zurückgegangen, einmal, weil der Bund die Arbeitslosenhilfe übernommen hatte, zum anderen, weil Leistungen beim Arbeitslosengeld gekürzt worden sind. Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit bildete die Bundesanstalt für Arbeit 1984/85 Überschüsse, so daß wieder Leistungsverbesserungen beschlossen wurden, die 1987/88 einen starken Anstieg der Ausgaben nach sich zogen.

Bei den Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen handelt es sich vor allem um Arzt- und Krankenhausleistungen sowie Medikamente, aber auch um Geldleistungen (Krankengeld). Die Geldleistungen beliefen sich 1989 auf 11 Mrd. DM, sie haben nur geringfügig zugenommen. Die Sachleistungen betragen 1989 über 122 Mrd. DM und sind gegenüber 1988 infolge der Gesundheitsreform um knapp 3 Mrd. DM zurückgegangen, nachdem sie 1988 aufgrund von vorgezogenen Käufen überhöht waren. Im Durchschnitt sind die Sachleistungen von 1980 bis 1989 um 4,5 vH pro Jahr gestiegen.

Überdurchschnittlich expandierten die Zinsausgaben. Allein von 1980 bis 1985 haben sie sich verdoppelt, danach sind sie indes sogar langsamer als die Gesamtausgaben gestiegen: Dies hing nicht nur mit dem raschen Abbau der Defizite, sondern auch mit den sinkenden Nominalzinssätzen zusammen. Die niedrigeren Zinssätze ermöglichten zudem Einsparungen durch Umschuldung von Titeln, die in der Hochzinsphase Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre emittiert worden waren.

Unterteilt nach Haushaltsebenen sind die Bundesausgaben mit 3,7 vH pro Jahr im Durchschnitt etwas stärker als die von Ländern (3,5 vH) und Gemeinden (3,4 vH) gestiegen. Die Ausgaben der Sozialversicherungsträger haben um 4,4 vH jährlich zugenommen.

Die Finanzlage der einzelnen Haushaltsebenen hat sich unterschiedlich entwickelt. Über den gesamten Zeitraum wies der Bundeshaushalt die höchsten Defizite auf, sie schwankten zwischen 10 und 35 Mrd. DM. Die Fehlbeiträge der Länder erreichten im Maximum 22 Mrd. DM, das niedrigste Defizit lag bei 3 Mrd. DM. Nach 1982 schlossen die Gemeindehaushalte durchweg mit Überschüssen — bis zu 4 Mrd. DM — ab, 1981 hatte das Defizit mit 8 Mrd. DM den höchsten Wert erreicht. Die Sozialversicherungsträger erzielten in der Summe fast immer Überschüsse, zuletzt über 15 Mrd. DM.

Fazit

Gemessen am numerischen Einfluß des Staates auf den Wirtschaftskreislauf lassen sich für die 80er Jahre drei Phasen kennzeichnen: Zu Beginn der 80er Jahre nahmen die Aktivitäten zu, die Gesamtwirtschaft wurde tendenziell gestützt; in der Konsolidierungsphase — von 1983 bis 1985 — dämpften die öffentlichen Haushalte die wirtschaftliche Expansion; danach entwickelten sie sich etwa parallel zur Gesamtwirtschaft. 1989 wirkte der Staat

massiv restriktiv, ohne jedoch das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu beeinträchtigen.

Die Erfahrungen der 80er Jahre zeigen, daß die Finanzpolitik nur so wirkungsvoll sein kann, wie die Geldpolitik es zuläßt. Hätte die Finanzpolitik von 1982 bis 1985 expansive Impulse vermitteln wollen, wären sie wohl weitgehend verpufft, denn die Geldpolitik war in dieser Phase überwiegend restriktiv und hat die Expansionsmöglichkeiten gehemmt. Umgekehrt zeigen die Erfahrungen vom Herbst 1987, daß eine koordinierte Politik erfolgreich sein kann: Damals sind sowohl von der Geld- als auch von der Finanzpolitik — bei weiterhin zurückhaltender Lohnpolitik — wichtige Anregungen ausgegangen.

Infolge der geringen Wachstumsdynamik und der dadurch entstandenen Finanzprobleme sahen sich die politischen Akteure veranlaßt, die sozialen Leistungen zu be-

schneiden. Die Politik war nicht mehr bereit, die Automatismen des sozialen Sicherungssystems zu akzeptieren und damit hinzunehmen, daß diese Ausgaben in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums überdurchschnittlich expandieren. Hingegen setzte die Politik auf Steuersenkungen. Damit verbunden waren problematische Verteilungswirkungen. Die Entlastungen — einschließlich der Wiedereinführung der steuerlichen Kinderfreibeträge — begünstigten stärker die höheren Einkommensschichten. Von der Anhebung der indirekten Steuern waren auch die Transfereinkommensbezieher betroffen. Außer acht gelassen werden darf auch nicht, daß mit der Politik der Steuerentlastungen der Ausbau und die Modernisierung des öffentlichen Infrastrukturangebots vernachlässigt wurden. Alles in allem hat die Finanzpolitik in den achtziger Jahren ihren Handlungsspielraum nicht ausgeschöpft.

Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1989

1989 stockten die privaten Haushalte ihr Geldvermögen um 169 Mrd. DM auf. Sie legten die Ersparnisse vorwiegend in festverzinslichen Wertpapieren, bei Versicherungen und auf Terminkonten an; bei den Sparkonten dagegen blieben die Gutschriften erheblich hinter den Lastschriften zurück. Der Bestand an Geldvermögen überschritt am Ende des vergangenen Jahres den Betrag von 2,8 Bill. DM; dem standen Verpflichtungen von 247 Mrd. DM gegenüber.

Erträge aus Geldvermögen (Zinsen und Dividenden) erzielten die privaten Haushalte 1989 in Höhe von 127 Mrd. DM. Jeweils zwei Fünftel der Vermögenseinkommen flossen an die Haushalte von Arbeitnehmern und von Nichterwerbstätigen; ein Fünftel entfiel auf die Selbständigen-Haushalte. Die durchschnittlichen Zinseinkünfte der Arbeitnehmer-Haushalte betragen 3 600 DM, die der Nichterwerbstätigen-Haushalte 4 000 DM und die der Selbständigen-Haushalte 13 600 DM.

Datengrundlagen dieses Berichts sind für die Ersparnisse die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung sowie die laufende Kreditstatistik der Deutschen Bundesbank¹ und für die Einkommensverteilung die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes².

Herangezogen wurden ferner Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels. Zwar werden in dieser Datenquelle (wie auch in anderen Haushaltsbefragungen) Ersparnisse und Vermögenseinkommen nur unvollständig angegeben, doch bietet sie die derzeit aktuellsten Informationen über die Streuung der erfaßten Zinsen und Dividenden nach Haushaltsgruppen. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988 zum

Vermögensbestand und zu den Zinseinkünften der privaten Haushalte standen noch nicht zur Verfügung.

¹ Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1987. Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4. — Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1990, S. 20 ff. und S. 44 f.

² Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen, 1989 Vorbericht. — Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988 (als Tabellensatz vervielfältigt).

Tabelle 1

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Erwerb von			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Förde- rungen ²⁾	Bruttogeld- vermögens- bildung insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festverzinsl. Wert- papieren	Aktien	Geldmarkt- papieren					Kredit- aufnahme	Nettogeld- vermögens- bildung
1970	21,2	5,4	7,8	10,0	1,4	—	6,1	3,5	3,7	59,1	4,4	54,7
1975	65,9	6,8	15,2	8,5	1,6	-0,3	-10,2	9,8	6,8	104,1	7,8	96,3
1980	8,8	6,3	24,9	24,8	-0,9	0,4	38,6	3,9	14,1	120,8	12,7	108,2
1981	- 2,7	5,7	28,6	47,8	-2,0	0,7	41,4	-1,9	12,5	130,1	7,6	122,5
1982	36,2	4,8	31,9	16,0	0,5	1,9	17,4	7,9	8,7	125,2	9,5	115,7
1983	30,5	4,8	32,1	15,9	4,1	-1,4	5,4	9,5	11,8	112,7	12,5	100,2
1984	20,7	0,2	34,6	26,6	0,7	-0,6	19,0	6,1	13,4	120,6	10,5	110,1
1985	34,0	-1,1	38,9	21,5	3,5	-0,4	13,4	5,4	11,1	126,2	12,8	113,4
1986	46,1	-1,7	41,9	8,0	3,6	-0,3	13,9	13,3	12,4	137,3	10,0	127,3
1987	36,4	-3,3	41,3	26,4	5,9	-1,1	9,7	13,8	15,1	144,1	11,6	132,5
1988	20,5	1,0	46,8	48,0	2,6	-0,3	- 0,7	23,3	15,0	156,0	13,0	143,1
1989	-21,1	2,8	50,1	62,6	-7,0	3,6	53,3	7,6	17,2	169,3	20,6	148,7

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Zunahme der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.a.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1987, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 5. Auflage, 1988; Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1990.

Verfügbares Einkommen und Verbrauch

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland betrug 1989 knapp 1,4 Bill. DM; es war um 4,5 vH höher als 1988. Während die Nettolöhne und -gehälter (+3,5 vH) und die sozialen Leistungen (+3,3 vH) unterdurchschnittlich zunahmen, expandierten die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen (+7,1 vH) kräftig.

Die privaten Haushalte steigerten ihren Verbrauch im vergangenen Jahr stärker (+4,9 vH), als es von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen her hätte erwartet werden können. Hier wirkte sich unter anderem aus, daß aufgrund der Heizölverteuerung und der Mineralölsteuererhöhung für Haushaltsenergie und Kraftstoffe im Berichtsjahr höhere Beträge aufzuwenden waren als 1988. Doch wurde 1989 wohl auch mancher Konsumwunsch im Vorgriff auf die Entlastung durch die dritte Stufe der Steuerreform erfüllt, die am Anfang des laufenden Jahres in Kraft trat.

Geldvermögensbildung und Geldvermögensbestand

Ihr Geldvermögen stockten die privaten Haushalte 1989 um 169 Mrd. DM auf; das waren 8,5 vH mehr als 1988. Bei der „klassischen“ Sparform — der Geldanlage auf Sparkonten — allerdings schrumpfte der Einlagenbestand um 21 Mrd. DM. Dies betraf vor allem Sparkonten mit gesetz-

licher Kündigungsfrist, denn der Spareckzins folgte dem allgemeinen Zinsanstieg nur zögernd. Auch auf den nach dem Vermögensbildungsgesetz geführten Sparkonten überwogen die Auszahlungen; diese Spartätigkeit wird nur noch während einer Übergangszeit durch Arbeitnehmersparzulagen begünstigt. Die Geldanlage auf Sparkonten mit vereinbartem Zins (Sondersparformen) fand indes weiterhin lebhaftes Interesse.

Die Einzahlungen der privaten Haushalte auf Bausparkonten waren 1989 höher als die Auszahlungen der Bausparkassen. Die Geldanlagen der Haushalte bei Versicherungen stiegen erneut kräftig. Für festverzinsliche Wertpapiere wendeten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr fast ein Drittel mehr auf als ein Jahr davor. Präferierten die Anleger 1988 auf der „Flucht“ vor der Quellensteuer Auslandsanleihen, so waren nun wieder inländische Rentenwerte gefragt. Anleihen der öffentlichen Hand allerdings trafen — anders als die „Finanzierschätze“ des Bundes mit kurzer Laufzeit — eher auf Zurückhaltung. Die Aktienkäufe der privaten Haushalte waren 1989 beträchtlich geringer als die Verkäufe von Dividendenwerten; insbesondere nach dem Kurseinbruch vom Oktober vergangenen Jahres veräußerten zahlreiche Kleinanleger ihre Papiere³. Sie konnten nicht voraussehen, daß — auch im Zusammenhang mit der politi-

³ Vgl. Jürgen Angele: Aktienmarkt im Jahr 1989. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1990, S. 35 ff. und S. 20* ff.

Tabelle 2

Geldvermögen der privaten Haushalte¹⁾
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Geldanlage in			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forde- rungen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bau- sparkassen	Ver- sicherungen	festverzinsl. Wert- papieren ²⁾	Aktien ²⁾	Geldmarkt- papieren					Ver- pflichtungen	Nettogeld- vermögen
1970	205,0	39,6	77,8	40,2	52,4	—	14,2	55,5	32,7	517,5	32,5	485,0
1975	378,0	73,3	142,1	85,6	60,9	0,3	47,2	88,9	59,3	935,5	63,8	871,7
1980	493,0	107,7	246,2	170,3	62,7	2,8	157,0	127,8	107,6	1 475,1	143,2	1 331,9
1981	490,3	113,4	274,8	213,8	58,8	3,5	198,4	126,0	120,2	1 599,2	150,8	1 448,4
1982	526,5	118,2	306,7	251,9	62,6	5,4	215,7	133,9	128,9	1 749,8	159,7	1 590,1
1983	556,9	123,0	338,8	267,3	83,0	4,0	221,1	143,4	140,7	1 878,2	171,6	1 706,6
1984	577,7	123,2	373,4	315,4	91,5	3,4	240,7	150,0	154,0	2 029,3	181,6	1 847,7
1985	611,7	122,1	412,3	331,2	135,1	2,9	253,8	155,6	165,2	2 189,9	192,8	1 997,1
1986	657,8	120,4	454,2	330,7	157,6	2,7	267,7	168,8	177,5	2 337,4	202,3	2 135,1
1987	694,2	117,1	495,5	344,7	121,6	1,6	277,4	182,1	192,6	2 426,8	213,9	2 212,9
1988	714,6	118,1	542,2	396,1	156,0	1,3	276,6	205,4	207,6	2 618,1	226,7	2 391,4
1989	693,6	120,9	592,4	439,9	185,4	5,0	330,0	213,0	224,8	2 804,8	247,2	2 557,6

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Zu Tageskursen bewertet. — ³⁾ Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen u.a.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1987, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank Nr. 4, 5. Auflage, 1988; Die Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1989. In: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 5/1990.

schen Entwicklung in der DDR — auf dem Aktienmarkt erneut ein kräftiger „Kurschub“ bevorstand.

Neben dem Kauf festverzinslicher Wertpapiere favorisierten die privaten Haushalte 1989 die Geldanlage auf Terminkonten, deren Verzinsung sich erheblich verbesserte. Auch Sparbriefe waren begehrt. Die Bestände an Bargeld und Sichteinlagen dagegen wurden deutlich schwächer dotiert als im Jahr zuvor — damals hatte es in der Erwartung steigender Zinsen eine sehr hohe Liquiditätsneigung gegeben.

Der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte (einschließlich der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen⁴) belief sich am Ende des Berichtsjahres, zu Tageskursen bewertet, auf rund 2,8 Bill. DM. Gegenüber 1988 hat das Geldvermögen um 187 Mrd. DM zugenommen; davon entfielen knapp 18 Mrd. DM auf Kursgewinne. Die durch den Crash an den Wertpapierbörsen im Oktober 1987 rechnerisch entstandenen Verluste wurden allerdings noch immer nicht ganz ausgeglichen.

Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen

Für Konsumzwecke nahmen die privaten Haushalte im vergangenen Jahr Kredite in Höhe von fast 21 Mrd. DM auf, über die Hälfte mehr als 1988. Die enorme Beanspruchung kurzfristiger Bankkredite stützt die eingangs genannte Vermutung, mancher Verbraucher habe den Einkommensmehrbetrag, den er 1990 erwarten konnte, schon 1989 „verzehrt“. Doch auch längerfristige Kredite, die üblicherweise der Finanzierung von Automobilkäufen und der Anschaffung anderer langlebiger Gebrauchsgüter dienen, wurden im Berichtsjahr in stärkerem Maße als 1988 in Anspruch genommen.

Die gesamten Verpflichtungen der privaten Haushalte summierten sich Ende 1989 auf 247 Mrd. DM; das Netto-

geldvermögen belief sich auf knapp 2,6 Bill. DM. Damit hatten die Haushalte in ihrer Gesamtheit einen Betrag auf der „hohen Kante“, der ihr verfügbares Jahreseinkommen weit überschritt. Im Durchschnitt betrug das Nettogeldvermögen rund 95 000 DM je Haushalt.

Es ist freilich zu beachten, daß die Verteilung des Vermögens beträchtlich streut. Zeitnahe Informationen hierüber gibt es allerdings nicht, so daß etwa der Medianwert der Vermögensverteilung (das ist der Vermögensbestand, der bei der Hälfte der privaten Haushalte nicht überschritten wird) nicht ermittelt werden kann. Relativ sicher ist aber, daß angesichts der in der Bundesrepublik Deutschland gegebenen Verteilung des Einkommens und Vermögens der Medianwert in der Regel beträchtlich unter dem arithmetischen Mittelwert liegt.

Vermögenseinkommen

Zinsen, Dividenden und andere Vermögenseinkommen erhielten die privaten Haushalte 1989 nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Höhe von (brutto) 127 Mrd. DM⁵. Die Vermögenseinkommen (+ 12,6 vH) expandierten erheblich stärker als die übrigen primären Einkommen der Haushalte. Das Zinsniveau stieg, und zudem haben die Sparer ihre Anlagen renditeorientiert umgeschichtet⁶.

⁴ Die Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung werden in der amtlichen Statistik nicht zum Geldvermögen der privaten Haushalte gezählt.

⁵ Die Deutsche Bundesbank beziffert die Zins- und Dividenderträge der privaten Haushalte für 1989 in einer engeren Abgrenzung auf rund 117 Mrd. DM.

⁶ Vgl. Herbert Höffer: Sparer legten 1989 — oft kurzfristig — zu höheren Zinsen an. In: Sparkasse, Heft 2/1990, S. 59 ff.

Tabelle 3

Vermögenseinkommen 1989 nach empfangenden und leistenden Sektoren¹⁾
in Mrd. DM

Leistende Sektoren \ Empfangende Sektoren	Unternehmen	Staat	Private Haushalte ²⁾	Übrige Welt	Insgesamt
Unternehmen	261,1	30,4	105,9	45,6	443,0
Staat	41,1	0,9	6,6	11,7	60,2
Private Haushalte ²⁾	20,7	—	—	—	20,7
Übrige Welt	61,8	0,1	14,1	—	76,0
Insgesamt	384,7	31,4	126,5	57,2	600,0

1) Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht.

Den weitaus größten Teil der Vermögenseinkommen beziehen die privaten Haushalte nach wie vor von inländischen Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen. Indes haben Kapitalerträge, die die Haushalte unmittelbar aus dem Ausland erhielten, in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen; 1989 fielen sie mit 14 Mrd. DM um die Hälfte höher aus als im Jahr zuvor. Von den Zinsausgaben des Staates, die sich 1989 auf 60 Mrd. DM beliefen, ist mit knapp 7 Mrd. DM wieder nur ein geringer Teil direkt an die privaten Haushalte geflossen.

Die einzelnen Arten der Vermögenseinkommen entwickelten sich unterschiedlich. Während die Summe der Zinsgutschriften auf Spareinlagen im Berichtsjahr deutlich höher als 1988 ausfiel, stiegen die Zinsen auf Bauspareinlagen nur wenig. Auch die Zinsgutschriften auf Versicherungen nahmen unterdurchschnittlich zu. Demgegenüber expandierten die Erträge aus Rentenpapieren abermals kräftig; sie waren nun um fast die Hälfte höher als die Zinsen auf Spareinlagen. Die Rendite der festverzinslichen Wertpapiere stieg von 7,8 auf 8,1 vH, während die durchschnittliche Verzinsung der Spareinlagen von 2,9 auf 3,3 vH zunahm.

Auf Konsumentenkredite zahlten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr Zinsen in Höhe von knapp 21 Mrd. DM (+ 14,6 vH). Netto verblieben den Haushalten somit rund 106 Mrd. DM an Zinserträgen und Dividenden. Ein beträchtlicher Teil hiervon hat vermutlich die Geldvermögensbildung gespeist.

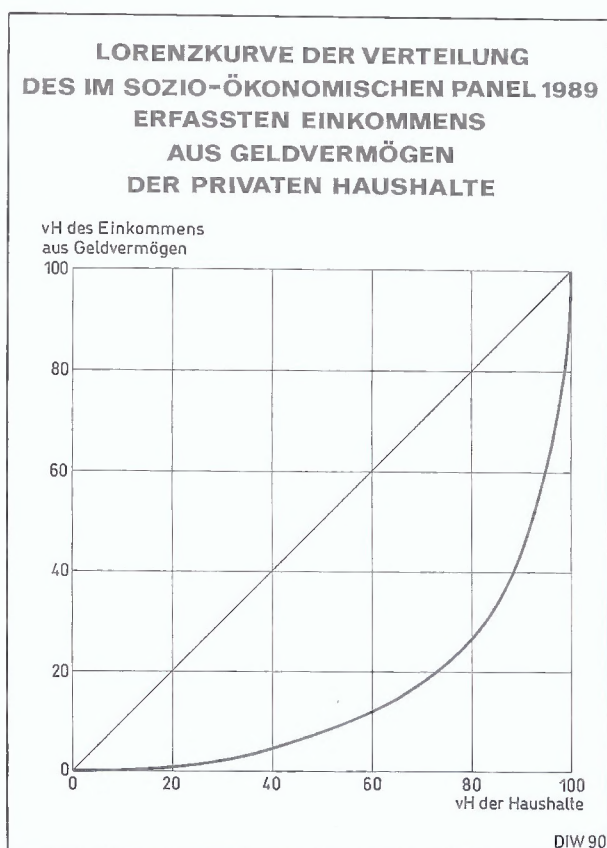


Tabelle 4

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Zinsgutschriften auf			Ausschüttungen d. Unternehmen mit eigener Rechtsper- sönlichkeit	Sonstige Vermögens- einkommen ²⁾	Vermögens- einkommen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- einlagen	Ver- sicherungen	fest- verzinsliche Wertpapiere				Zinsen auf Konsumenten- schulden	Vermögens- einkommen nach Abzug d. Zinsen auf Konsumenten- schulden
1970	10,1	1,0	4,0	2,4	2,2	3,7	23,4	3,3	20,0
1975	16,9	2,0	8,6	6,6	2,7	7,2	43,9	6,8	37,1
1980	24,2	2,9	15,9	13,7	2,9	14,2	73,7	13,9	59,9
1981	26,6	3,1	19,0	16,8	2,9	20,4	88,7	17,5	71,3
1982	27,9	3,2	22,2	18,8	2,8	24,1	99,0	19,4	79,6
1983	21,3	3,4	24,2	21,9	2,3	20,3	93,4	18,0	75,4
1984	21,4	3,4	26,7	23,9	3,0	24,7	103,2	18,0	85,2
1985	21,9	3,4	28,8	27,1	3,2	23,9	108,3	18,3	90,0
1986	20,7	3,4	30,8	27,6	3,4	22,4	108,4	18,2	90,1
1987	20,0	3,3	31,8	27,7	3,5	22,2	108,5	17,8	90,7
1988	20,1	3,3	33,8	28,8	3,8	22,6	112,4	18,0	94,3
1989	23,0	3,4	36,1	33,9	4,3	25,8	126,5	20,7	105,8

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1989 Vorbericht; Berechnungen des DIW nach Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 5

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen¹⁾

Jahr	Selbständigen		Angestellte	Haushalte von					sonstigen Personen ²⁾	Privat-haushalte insgesamt
	in der Landwirtschaft	außerhalb		Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären		
in Mrd. DM										
1970	0,7	4,8	4,1	1,2	4,3	0,0	4,6	0,9	1,5	22,3
1975	1,0	8,3	8,6	2,5	6,8	0,2	9,8	1,7	2,6	41,6
1980	1,6	12,8	14,5	4,0	11,1	0,2	17,6	2,8	5,1	69,7
1981	1,9	15,2	17,1	4,7	12,7	0,4	21,4	3,3	6,8	83,7
1982	2,2	16,9	18,9	5,4	13,6	0,7	24,3	3,6	8,2	93,7
1983	2,1	16,4	17,8	5,1	12,3	0,8	22,9	3,4	7,9	88,5
1984	2,2	18,5	19,7	5,5	13,1	0,8	25,0	3,6	9,3	97,7
1985	2,2	19,3	20,8	5,7	13,5	0,9	26,5	3,8	10,0	102,7
1986	2,2	19,5	21,0	5,7	13,6	0,8	26,3	3,8	10,1	102,9
1987	2,1	19,6	21,3	5,7	13,4	0,8	26,3	3,7	10,0	102,9
1988	2,1	20,5	22,7	5,9	13,5	0,9	27,1	3,8	10,3	106,7
1989	2,2	23,7	26,3	6,6	14,7	0,8	30,1	4,2	11,6	120,1
in DM je Haushalt										
1970	1 266	3 178	1 046	972	618	333	819	1 005	1 814	1 025
1975	2 256	5 576	1 875	1 748	1 065	530	1 464	1 755	2 825	1 780
1980	4 045	8 655	2 885	2 697	1 758	796	2 434	2 963	4 589	2 875
1981	4 875	10 284	3 373	3 156	2 059	928	2 932	3 578	5 524	3 412
1982	5 448	11 246	3 668	3 460	2 286	1 034	3 291	4 022	5 997	3 772
1983	5 190	10 748	3 434	3 246	2 138	961	3 044	3 767	5 278	3 522
1984	5 677	12 031	3 744	3 514	2 304	1 027	3 271	4 076	5 871	3 854
1985	5 947	12 554	3 897	3 652	2 399	1 058	3 416	4 233	6 058	4 018
1986	5 951	12 701	3 897	3 599	2 391	1 040	3 374	4 170	5 784	3 990
1987	5 915	12 756	3 884	3 557	2 366	1 010	3 349	4 117	5 750	3 967
1988	6 070	13 230	3 985	3 639	2 413	1 025	3 397	4 183	5 782	4 058
1989	6 758	15 079	4 402	4 017	2 631	1 067	3 719	4 614	6 258	4 499
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte in 1000										
1970	553	1 523	3 912	1 245	7 024	60	5 652	925	838	21 732
1975	461	1 494	4 577	1 436	6 397	415	6 722	940	924	23 366
1980	403	1 480	5 012	1 472	6 292	289	7 226	935	1 120	24 229
1981	400	1 481	5 079	1 505	6 191	431	7 303	914	1 240	24 544
1982	402	1 501	5 147	1 549	5 944	638	7 395	895	1 364	24 835
1983	395	1 525	5 175	1 571	5 743	812	7 527	892	1 491	25 131
1984	384	1 536	5 254	1 568	5 672	808	7 651	893	1 579	25 345
1985	375	1 539	5 325	1 569	5 635	813	7 755	893	1 649	25 553
1986	368	1 533	5 383	1 581	5 689	798	7 788	904	1 741	25 785
1987 ³⁾	355	1 535	5 492	1 597	5 664	812	7 837	906	1 741	25 939
1988	341	1 548	5 702	1 613	5 594	829	7 964	906	1 785	26 282
1989	327	1 573	5 961	1 628	5 564	778	8 093	906	1 844	26 674

¹⁾ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — ²⁾ Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen. — ³⁾ Die Zahl der in der Volkszählung von 1987 ermittelten Privathaushalte (26,2 Mill.) wurde vom Statistischen Bundesamt noch nicht in die Berechnungen zur Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen übernommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988 (als Tabellensatz vervielfältigt); Berechnungen des DIW.

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

Die Privathaushalte im engeren Sinn bezogen 1989 Vermögenseinkommen in Höhe von 120 Mrd. DM, die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und die in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen schätzungsweise knapp 7 Mrd. DM. Die durchschnittlichen Vermögenseinkommen je Privathaushalt betragen im Berichtsjahr 4 500 DM (+10,9 vH).

Freilich gibt es auch in der Verteilung der Zinserträge eine beträchtliche Disparität. Nach den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels von 1989 haben zwar vier Fünftel der Haushalte 1988 Zinsen und Dividenden bezogen, doch entfiel auf die Hälfte dieser Haushalte weniger als ein Zehntel der Einkünfte. Demgegenüber konzentrierten sich auf 30 vH der Haushalte mehr als 80 vH der Zinsen und Dividenden. Weil der Anteil hochverzinsli-

cher Geldanlagen mit wachsendem Vermögen zunimmt, ist die Disparität in der Verteilung der Vermögenserträge sogar noch größer als die „Ungleichheit“ in der Verteilung des Geldvermögensbestandes⁷.

Jeweils zwei Fünftel der Vermögenseinkommen flossen 1989 an die Haushalte von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen; ein Fünftel entfiel auf die Selbständigen-Haushalte. Im Durchschnitt waren die Zinseinkünfte

⁷ Während sich für letztere aus den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1983 ein Gini-Koeffizient (Maß für die Disparität einer Verteilung) von 0,61 ergibt, beläuft sich der entsprechende Koeffizient für die Verteilung der Zinsen und Dividenden sowohl nach den EVS-Daten von 1983 als auch nach den Ergebnissen des Sozio-ökonomischen Panels von 1989 auf 0,66. Vgl. auch Manfred Euler: Verteilung und Schichtung der Einkommen aus Geldvermögen 1983. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 8/1988, S. 565 ff.

Tabelle 6

Vermögenseinkommen der Haushaltsgruppen¹⁾ 1989 nach Arten

	Zinsen ²⁾ und Ausschüt- tungen	Übrige Vermögens- einkommen ³⁾	Vermögens- einkommen insgesamt	Zinsen auf Konsumenten- schulden	Nachrichtlich: Zinsen und Ausschüt- tungen insgesamt nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden	
in Mrd. DM						
Haushalte von						
Selbständigen in der Landwirtschaft	1,2	1,1	2,2	0,2	0,9	2,0
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	12,4	11,3	23,7	2,8	9,6	21,0
Angestellten	15,4	10,9	26,2	6,1	9,3	20,2
Beamten	4,4	2,2	6,5	1,6	2,8	5,0
Arbeitern	7,8	6,8	14,6	4,8	3,0	9,8
Arbeitslosen	0,4	0,5	0,8	0,7	-0,4	0,1
Rentnern	21,1	9,0	30,1	1,6	19,5	28,5
Pensionären	3,4	0,8	4,2	0,3	3,1	3,9
sonstigen Personen ⁴⁾	10,4	1,2	11,5	1,3	9,1	10,3
Privathaushalte insgesamt	76,3	43,7	120,0	19,3	57,0	100,7
in DM je Haushalt						
Haushalte von						
Selbständigen in der Landwirtschaft	3 517	3 241	6 758	734	2 783	6 024
Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft	7 877	7 202	15 079	1 755	6 122	13 324
Angestellten	2 577	1 825	4 402	1 018	1 559	3 384
Beamten	2 672	1 345	4 017	964	1 708	3 053
Arbeitern	1 402	1 229	2 631	864	538	1 767
Arbeitslosen	488	579	1 067	938	-450	129
Rentnern	2 610	1 109	3 719	199	2 411	3 520
Pensionären	3 698	916	4 614	276	3 422	4 338
sonstigen Personen ⁴⁾	5 629	629	6 258	678	4 951	5 580
Privathaushalte insgesamt	2 860	1 639	4 499	723	2 137	3 776

1) Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Anstaltsbevölkerung. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen. — 2) Ohne Zinsgutschriften auf Versicherungen. — 3) Zinsgutschriften auf Versicherungen, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten. — 4) Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegend Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

dieser Haushalte (13 600 DM) erheblich höher als die der Arbeitnehmer-Haushalte (3 600 DM) und der Nichterwerbstätigen-Haushalte (4 000 DM).

Bei der Beurteilung dieser Durchschnittswerte ist zu berücksichtigen, daß sie die Zinsgutschriften auf Versicherungen einschließen. Diese Zinsen werden hier wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung periodengerecht verteilt, während sie von den Versicherungsunternehmen überwiegend erst bei Eintritt des Versicherungsfalles mit der Versicherungssumme ausgezahlt werden. Deshalb registrieren die Versicherten in der Regel diese Zinsen nicht als Teil ihres laufenden Einkommens.

Bei den Selbständigen-Haushalten machen die Zinsgutschriften auf Versicherungen fast die Hälfte der Vermögenserträge aus. Für Selbständige sind Lebensversicherungen nach wie vor eine wichtige Form der Altersvorsorge. Die Kapitalbildung bei Versicherungen wird nicht zuletzt deshalb bevorzugt, weil die hier entstehenden Zinsen im Gegensatz zu anderen Vermögenserträgen steuerfrei sind. Bei den Arbeitnehmer-Haushalten betragen die Zinsen auf Versicherungen 1989 reichlich zwei Fünftel ihrer Vermögenseinkommen; für Angestellte und Arbeiter sind Lebensversicherungen als zusätzliche Alterssicherung neben den zu erwartenden Leistungen der

gesetzlichen Rentenversicherung durchaus von Bedeutung. Bei den Nichterwerbstätigen-Haushalten hingegen haben Zinsgutschriften auf Versicherungen ein geringeres Gewicht; sofern die (zumeist älteren) Haushaltmitglieder Lebensversicherungsverträge besaßen, sind ihnen die angesammelten Beträge in der Regel schon zugeflossen. Nach wie vor haben Versicherungen auf Rentebasis geringe Bedeutung.

Die jährlichen Zinseinkommen und Ausschüttungen (ohne die Zinsgutschriften auf Versicherungen) betragen 1989 im Durchschnitt der Selbständigen-Haushalte 7 100 DM, die der Haushalte von Arbeitnehmern bzw. Nichterwerbstätigen 2 100 DM bzw. 3 000 DM.

Die Zinsen auf Konsumentenschulden werden zu fast zwei Dritteln von Arbeitnehmer-Haushalten gezahlt. Saldiert man diese Zinsausgaben mit den effektiv empfangenen Zinsen und Dividenden, so verblieben den Arbeitnehmer-Haushalten im vergangenen Jahr Vermögenserträge von durchschnittlich 1 000 DM. Für die Nichterwerbstätigen-Haushalte ergaben sich per Saldo Zinseinkünfte von durchschnittlich 2 700 DM, für die Selbständigen-Haushalte von 5 500 DM. Das ist aber nur eine Durchschnittsbetrachtung. Tatsächlich sind die Haushalte, die überwiegend Zinsen auf Konsumentenschulden zahlen, andere als diejenigen, die Zinseinkünfte beziehen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Staatshaushalt und Gesamtwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Rückblick auf die achtziger Jahre. Bearbeitet von Dieter Vesper. —
Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte im Jahr 1989. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten